

Politicum

Das Magazin der
Fachschaft
Politik & Soziologie

Quo Vadis,



Democratia?



Liebe Leserinnen und Leser,

die westlichen Demokratien stehen und standen in den vergangenen Jahren und auch aktuell einigen Herausforderungen gegenüber. Und auch zukünftige Entwicklungen werfen ihre Schatten voraus. Eines der größten Beben der letzten Jahre war dabei wohl die Wahl Donald Trumps, welche auch heute noch fast täglich für neue Schlagzeilen sorgt. Neben den innerpolitischen Fragen der USA sind von dessen Entscheidungen natürlich auch internationale Problemherde betroffen. Zunächst wäre da die Einstellung Trumps zum Klimawandel. Doch auch in der Frage, wie wirtschaftliche Interessen und das Verhältnis zu Saudi-Arabien und dessen Königshaus einzuordnen sind, wenn diesen Verhandlungen gegenüber der Mord an Jamal Khashoggi steht, müsste man die Ideale einer freiheitsfördernden Demokratie reflektieren.

In dieser Frage nämlich wurde auch in Europa und Deutschland wieder verstärkt die Pressefreiheit besprochen. Und auch, inwiefern die hiesigen Regierungen und Wirtschaftsvertreter in Bezug auf diese Tat reagieren sollen. Doch auch innereuropäische Fragen werden zunehmend kontrovers diskutiert. Das stärkste Indiz, dass dabei etwas im europäischen Raum nicht zu stimmen scheint, ist wohl der stärkere Fokus auf nationalen Interessen, welcher zunehmend Einzug in die Politik gefunden haben. Der Brexit, die veränderten Kurse in Polen und Ungarn und die zunehmend toxische Sprache in der deutschen Flüchtlingsdebatte, welche neben der AfD auch von Regierungsparteien praktiziert wurde, sind dabei nur einige Symptome dieser Entwicklung.

Ebenso haben technische Neuerungen die Politik beeinflusst. So soll Donald Trump unter anderem wegen seiner Aktivität auf Social Media die Wahl gewonnen haben. Doch welchen Einfluss wird in Zukunft die sogenannte „Blockchain – Technologie“ auf unser Leben und die Politik haben? Auch dieser Frage soll in einem Artikel nachgegangen werden.

Doch auch im kleineren Rahmen scheint sich etwas bei der Frage der Mitbestimmung zu tun. Die Landesregierung hat kürzlich einen ersten Entwurf des neuen Hochschulgesetzes beschlossen. Inwiefern sich dabei etwas für die Studentinnen und Studenten der Universität Bonn verändert, soll in dieser Ausgabe ebenfalls beleuchtet werden.

Zu guter Letzt möchten wir auch in dieser Ausgabe wieder darauf hinweisen, dass wir uns über alle freuen, die sich in Zukunft aktiv an der Gestaltung des Politicums beteiligen möchten! Kontaktieren könnt ihr uns gerne unter: politicum@fs-sozpol.de

Nun bleibt uns nur noch, euch viel Spaß beim Lesen des Politicums zu wünschen. Außerdem wünschen wir euch viel Erfolg bei euren Klausuren und eine schöne vorlesungsfreie Zeit!

Nils Geuenich und Philip Hülsmann

Inhalt

- 4 Ohne Worte - Irene Horn, M.A.**
- 6 Titelthema - Wie steht es um klassisch demokratische Werte?**
- 16 Was bedeutet das kommende Hochschulgesetz?**
- 17 Blockchain (english)**
- 19 Dozentenkommentare**
- 21 Ringseminare**
- 22 Ohne Worte - Enrico Liedtke, M.A.**
- 24 Impressum**



Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

Auch dieses Semester ist schneller vergangen, als wir es erwartet hätten. Werfen wir daher einen Rückblick auf das Wintersemester 2018/19. Zu Beginn durften wir viele neue Gesichter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie willkommen heißen. Wir starteten das Semester mit zwei ereignisreichen Ersti-Wochen. Neben der traditionellen Stadtrallye und spannenden Vorträgen zu studentischen Initiativen etc., organisierten wir verschiedene Exkursionen. Unter anderem besuchten wir die UN und die Studios des Fernsehsenders Phoenix.

Im November fand das erste Ringseminar des neuen Semesters statt. Anlässlich des 100-jährigen Frauenwahlrechts und der thematischen Fragestellung „Hat da jemand Gleichberechtigung gesagt?“ luden wir Podium und Studierende in die Lennéstraße 6 ein. Dass damals wie heute relevante Thema führte zu einer spannenden Diskussion und einem regen Austausch zwischen Podium und Publikum.

Abseits der politischen Bildung konnten wir den Studierenden auch einiges an Unterhaltung bieten. Unsere Erstifahrt nach Nettersheim

beendete den Oktober in einem Wochenende voller Spaß, an dem sich alle Mitreisenden Erstsemester und Mitglieder der Fachschaftsvertretung untereinander besser kennenlernen konnten. Des Weiteren füllten Studierende aus allen Semestern die N8Schicht bei unserer Semester Opening Party unter dem Motto „Maßenlos feiern!“ bis in den letzten Winkel aus. Zuletzt ist hier noch die Weihnachtsfeier am 13.12. unter dem Motto „Schneehofer – Jetzt tauts“ zu nennen, die unter der Organisation einiger engagierter Erstsemester in der Fachschaftsvertretung zu einem vollen Erfolg wurde.

Ein erneut sehr intensives Wochenende verbrachten 21 Mitglieder der Fachschaftsvertretung Anfang Dezember in Nettersheim. Diesmal stand die Reise aber im Sinne der konstruktiven Verbesserung der Fachschaftsarbeit und Organisation.

An dieser Stelle möchten wir zwei Einladungen aussprechen: Ein Besuch auf unserer Instagram-Seite bietet reichlich bildliche Eindrücke in die zuvor geschilderten Veranstaltungen dieses

Semesters. Ihr findet uns unter [fssozpol](#). Falls wir euch neugierig gemacht haben: Für alle Motivierten unter euch, die sich in der Fachschaft engagieren und damit ihren Studiengang aktiv mitgestalten wollen, kommt gerne zu einer unserer Sitzungen vorbei! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr (c.t.) im großen Übungsraum in der Lennéstraße 27.

Außerdem sind wir für Euch dienstags und donnerstags von 12 bis 13 Uhr in unserem Büro an der gleichen Adresse erreichbar. Auch in der vorlesungsfreien Zeit besteht mittwochs von 13-14 Uhr die Möglichkeit, dort mit euren Fragen vorbeizukommen.

Im Namen der gesamten Fachschaft wünschen wir euch zum Schluss noch sehr viel Erfolg bei euren Klausuren und Hausarbeiten und eine erholsame vorlesungsfreie Zeit. Viel Spaß beim Lesen des Politicum!

Simon Peters und Josephine Lamberti

Ohne Worte

mit Irene Horn

von Eva Borchard und Philip Hülsmann



Was war Ihr Berufswunsch als Kind?



Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit am besten?



Wenn Sie für einen Tag jemand anderes seien könnten, in welche Rolle würden Sie schlüpfen?



Ein Buch, das Sie unbedingt weiterempfehlen würden?

Irene Horn M.A.

Praktikumsbeauftragte des Instituts

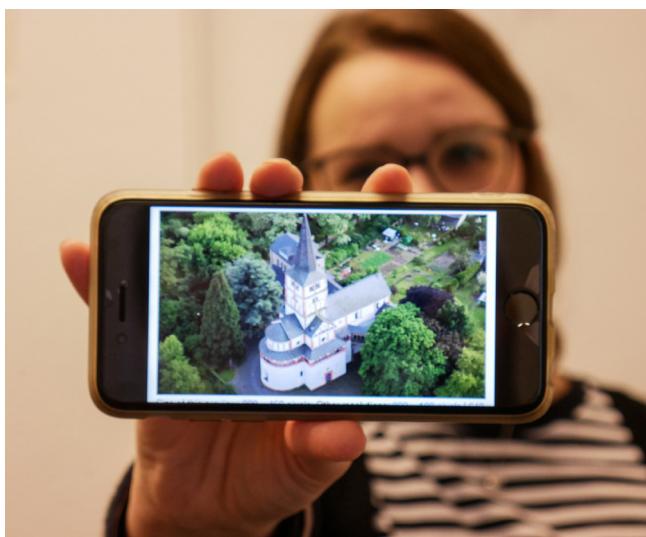
Forschungsinteressen: Kulturpolitik in der Bundesrepublik, Theorie und Ideengeschichte der Kulturpolitik, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, deutsche Zeitgeschichte, Politische Kulturforschung



Auf was können Sie im Alltag
nicht verzichten?



Sie haben in Frankfurt und Bonn stu-
diert. Rhein oder Main?



Was ist Ihr Lieblingsplatz in
Bonn?



Ihr Gesichtsausdruck, wenn Studierende Sie
fragen, ob Sie die Hausarbeit auch erst im
nächsten Semester schreiben können...

Donald Trump und der Postmodernismus des heutigen Präsidentschaftsbildes

von Kim Möller

Zugegebenermaßen hat sich mit der Präsidentschaft Donald Trumps, die seit Anfang 2017 ihren Lauf nimmt, das generelle Bild des amerikanischen Präsidenten geändert. Hier ist nicht nur ein Mann des Volkes an die Macht, und damit auch an den Nuklearcode, gekommen, sondern auch jemand, der es gewohnt ist, im Rampenlicht zu stehen. Diese Aussage ist nicht gerade neu, warum fange ich also wieder damit an? John Oliver, Trevor Noah und Konsorten sollten die Narrative doch nun schon mehr als ausgeschöpft haben, oder etwa nicht? Vermutlich haben sie das. Und dennoch geht die Berichterstattung munter weiter, Abend für Abend, Latenight für Latenight. Der Grund erschließt sich einem ganz einfach, wenn man bedenkt, dass Amerika ja nicht nur das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, sondern eben auch das des Kapitalismus ist. Darüber sind sich beide Seiten, zugeknöpfte Berichterstatter sowie Fortnight tanzende Comedians, bewusst: Trump sells. Er ist gleichzeitig Quell der Comedy und Empfänger der Kritik. Man siehe sich nur seinen berühmtberüchtigten Twitter-Account an und weiß sofort: Trump hat mit seinem Auftreten und seiner ausgeprägten Persönlichkeit das Bild des Präsidenten grundlegend geändert. Politische Kompetenzen ziehen sich ehrfürchtig zurück vor der geballten Macht des politischen Entertainments. Dass dies nicht auf Dauer so bleiben muss, sollte klar sein, die Hoffnung stirbt schließlich zuletzt. Dabei bieten die midterm elections aus dem November letzten Jahres einen interessanten Ausblick auf die Wahlen 2020.

Vermutlich ging dieser Trend zum Entertainment gar nicht erst mit Trump, sondern schon mit Reagan oder Schwarzenegger los. Der Terminator und mehrfache Mr. Universum, der es 2003 zum Gouverneur von Kalifornien geschafft hatte, ist immer noch ein

beliebtes Beispiel für den Übergang vom glamourösen Leben der Stars und Sternchen hin zum verantwortungsvollen Alltag eines Politikers. Doch mit Trump hat dieser Karrierewechsel komplett neue Dimensionen erreicht. Jetzt kann nicht nur jede Person des öffentlichen Lebens ein politisches Amt bekleiden, sie kann sogar **das** politische Amt bekleiden. Dabei sollten wir jedoch nicht vergessen, dass dieser Coup schon 1981 dem Schauspieler und 40. Präsidenten Ronald Reagan gelungen war. Was hat sich also geändert? Zum einen ist Reagan in vergleichsweise bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, also ohne kleinen Kredit des Vaters. Zum anderen hat er niemals wirklich Star Status als Schauspieler erreichen können, da ihm der zweite Weltkrieg einen Strich durch die Rechnung machte. Im Gegensatz dazu bietet Trump eine einfach zu schillernde Persönlichkeit: Aufgewachsen in reichen Verhältnissen hat er nicht nur durch gescheiterte Investments und Reality Shows Schlagzeilen machen können, sondern auch durch diverse Sex-Skandale und Äußerungen, die einige in die Ablage mit der Aufschrift „Rassismus“ stecken würden. Hinzu kommt, dass Reagan und Trump in zwei komplett unterschiedlichen Zeiten regieren. Durch Globalisierung und Digitalisierung haben sich die Erwartungen des Volkes an den Präsidenten drastisch geändert. Die Person an der Spitze der Regierung strahlt nun nicht mehr durch ihre Politik, es ist die ganze Persona, die Inszenierung des Öffentlichen Lebens, die Stimmen einbringen. Der Wähler (und die Wählerin) des 21. Jahrhunderts möchte etwas geboten bekommen.

IN DEN AUGEN DER WÄHLERSCHAFT NIMMT TRUMP DAFÜR SEHR UNTERSCHIEDLICHE ROLLEN EIN. DABEI BREITET SICH DAS SPEKTRUM DER TRUMPSCHEN WAHRNEHMUNG VON „EINER VON UNS, EIN MANN DES VOLKES“ BIS HIN ZU „KARRIEREGEREILER RASSIST,

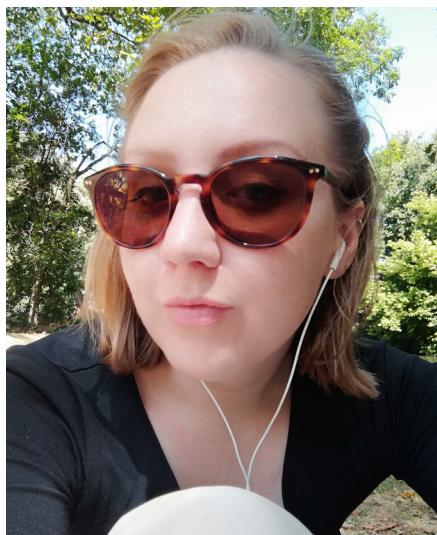
DER NICHT MIT GELD UMGEHEN KANN“ AUS. MAN MERKT ALSO, DASS HIER KONFLIKTPOTENTIAL Besteht. UND GENAU DAS IST ES, WAS DIE MEDIEN SO LIEBEN. ZIEHT MAN ZUSÄTZLICH NOCH IN BETRACHT, DASS TRUMP AUF EINE LANGE KARRIERE ALS JUROR, SHOWHOST, SOWIE ERFOLGREICHER „TWITTERACCOUNTBETREIBER“ (MIT 56,9 MILLIONEN FOLLOWERN) ZURÜCKBLICKEN KANN, SO SCHEINT ES DOCH GANZ SO, ALS WÜRDE ER DIE MEDIEN LEBEN, GAR PERSONIFIZIEREN.



Foto: The USO, www.flickr.com

AUF POLITISCHER EBENE TRITT TRUMP MIT SEINER MEDIENAFFINITÄT DEN WEG DES SCHOXPOLITIKERS AN. ER SETZT ALSO AUF KRISEN UND SKANDALE, DIE DIE NATION IN SCHOCH VERSETZEN, UM GRÖSSERE POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN IM SCHATTEN DER KATASTROPHE STATTFINDEN ZU LASSEN. EIN WEITERES BEISPIEL BIETET GEORGE W. BUSH, DER KURZ NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DAS WORLD TRADE CENTER MIT DEM SATZ "GET DOWN TO DISNEY WORLD IN FLORIDA. TAKE YOUR FAMILIES AND ENJOY LIFE, THE WAY WE WANT IT TO BE ENJOYED." DEN KONSUM, UND DIE DAMIT VERBUNDENEN FINANZIELLEN TÜCKEN IN DEN VORDERGRUND TRETNEN LASSEN WOLLTE. WIE IN AUCH VIELEN EUROPÄISCHEN LÄNDERN HAT TRUMP DARÜBER HINAUS AUF DEN MISSMUT DER BEVÖLKERUNG ANGEPROSCHEN. ER SETZT SICH STARK VON SEINEM VORGÄNGER AB UND VERSPRICHT „PROBLEME“ DER POLITIK SCHNELL UND EFFIZIENT ZU LÖSEN. DASS DAS SO MEIST NICHT MÖGLICH IST, GEHT IM JARGON DER WAHLKAMPAGNEN OFT UNTER. SOLCHE VERSPRECHEN, GEPAART MIT WEITGEHENDEM UNMUT, KÖNNEN TRUMPS ERFOLG ERKLÄREN. SIE LASSEN JEDOCH NICHT DARAUF SCHLIESSEN, WARUM SO VIELE DIE ZUKUNFT IHRES LANDES IN DIE HÄNDE EINES MANNES LEGEN WOLL(TEN), DER SICH MIT MEHREREN BILLIONEN IMMER NOCH ALS MANN DES VOLKES BEZEICHNET.

Und somit verändert sich das Bild von Trump, der doch eigentlich nur Präsident geworden ist, um einen gewissen Sumpf trocken zu legen. Seine Wählerschaft scheint in Teilen den Rückzug anzutreten, was die midterm elections zeigten. Und auch die Tatsache, dass der 116. Kongress ganz im Zeichen der Frau zu stehen scheint, unterstreicht, entgegen der Meinung Trumps, dass Frauen eben nicht nur auf der Welt sind, damit gewisse Männer ihre Mietzätschen begrabbeln können. Aber wie beeinflusst dieser Ruck, der durch den trumpschen Korpus geht, die Erwartungen der Wähler an 2020? Viele scheinen die Hoffnung nicht aufgeben zu wollen, oder haben womöglich sogar Blut geleckt bei dem Gedanken, unter einem prominenten Präsidenten (bzw. einer Präsidentin) zu leben. Dabei erscheint es einem, als stünden jetzt mehr Prominente denn je potentiell zur Wahl in 2020.



Zuletzt fand dieser Wandel des Präsidentschaftsbegriff seinen Höhepunkt in der angeblichen Nominierung von Oprah Winfrey, die das jedoch in der Jimmy Kimmel Show – unter lauten Rufen der Enttäuschung aus dem Publikum – dementierte. Aber auch Dwayne „The Rock“ Johnson (“I can't deny that the thought of being governor, the thought of being president, is alluring.”) war neben Kanye West und Katy Perry schon im Gespräch für die kommenden Wahlen. In vielen Fällen wird man solche Theorien wohl mit einem Augenzwinkern abtun können und sich denken „Diese Promis haben einfach zu viel Geld und zu wenig Zeit. Natürlich kommt dann so ein Ego zu stande.“ In anderen Fällen lassen sich die Kandidaturgelechze auch schnell übermotivierten Fans zuschreiben, an denen der eine oder andere Scherz vorbeigeschüttet sein mag. Letztendlich hat uns Trumps Wahl (wie auch der Brexit) jedoch gezeigt, dass alles möglich ist.

Was sagen diese Dinge also über die Haltung des amerikanischen Volkes zur Politik aus? Ist dies vielleicht eine andere Art der Politikverdrossenheit, bei der man sich der Politik entzieht, indem man das mächtigste Amt einer Person übergibt, die in vielerlei Hinsicht nicht weiter davon entfernt sein kann, qualifiziert zu sein? Im Amerika des 21. Jahrhunderts ist einfach jeder Tag „You are fired!“-Tag. Im Endeffekt sind die Medien wieder die größten Gewinner. Ja, es gibt Proteste und Unruhen. Ja, die Versprechen der Wahl

konnten wieder einmal nicht gehalten werden. Ja, die Gunst der Außenpolitik scheint zu vielen Diktatoren zu tendieren. Und ja, der Klimawandel ist sowieso nicht real. Was aber real ist, sind die Zahlen, die John Oliver und Co. verzeichnen. Die Politik macht sich angreifbarer denn je, aber zumindest hat man diesem Unmut das Ventil des medialen Galgenhumors gegeben.

"Die Dinge ändern sich"

Eine junge Journalistin spricht über den Effekt der Zwischenwahlen in den USA

von Luca Samlidis

Bonn/Virginia. So gerne der ein oder andere Kritiker den Mann mit den orangefarbenen Haaren und unzähligen Wut-Postings im Netz gerne in einer Isolationszelle unterbringen würde - wenn eine Wahl erst stattgefunden hat, ist sie demokratisch legitimiert. Darüber sollte sich der US-amerikanische Präsident Donald Trump freuen. Denn auch nach den Zwischenwahlen im vergangenen November hat sich an seinem Präsidentschaftsstatus nichts geändert. An der Stimmung in der Bevölkerung aber durchaus, auch in der jungen Generation. Wir haben mit Erika Echternach, 21-jährige Journalistik-Studentin an der Richmond-Universität in Virginia, über die Zwischenwahlen gesprochen. Neben vernichtender Kritik sieht sie in der Präsidentschaft des Republikaners auch etwas Positives.

Die richtige Richtung

"Die Zwischenwahlen waren ein bedeutendes Zeichen dafür, dass die meisten Amerikaner nicht mit Trumps drastischen Ansichten einverstanden sind", fasst die junge Journalistin einige Wochen nach der Wahl zusammen. Erika Echternach ist erst 21 Jahre alt und kommt aus Pennsylvania. Politisch hält sie sich schon seit einiger Zeit gut informiert - war aber lange nicht besonders interessiert. Erst als sie an die Universität kam, sei ihr bewusst geworden, "wie wichtig es ist, sich über das bewusst zu sein, was im Land so passiert".

Dass die Zwischenwahlen als "Stimmungstest" für den amerikanischen Präsidenten galten, bestätigt sie: "Die Wahlen waren so etwas wie eine Leistungsbeurteilung für Trump." Viele Menschen in den Vereinigten Staaten seien "sehr unglücklich" damit, wie der Präsident sein Amt führe. Und das in jedem Bereich. Diese Unzufriedenheit spiegele sich auch in den Ergebnissen der Wahlen wieder. Sie seien ein Ausdruck der Hoffnung, dass die aktuellen Verhältnisse sich nun ändern. "Der

Gedanke war, dass wenn die Demokraten gewählt werden, eine weitergehende Kontrolle Trumps erfolgt", sagt sie. Dass die Republikaner nunmehr nur noch eine Kammer des Kongresses dominieren, ist demnach ein Gewinn für all diejenigen, die nicht auf der Linie des Präsidenten sind. Vielleicht fühlt sogar der ein oder andere Republikaner das erste Mal tief im Innern eine gewisse Sympathie für die Demokraten. "Die Dinge ändern sich mit dem Start des neuen Jahres", weiß Echternach.



Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags wurde gerade bekannt, dass die Demokratin Nancy Pelosi aus Kalifornien offiziell zur Sprecherin des Repräsentantenhauses gewählt wurde. Echternach blickt nun positiv gestimmt in die Zukunft: "Die Demokraten sollten ab jetzt fähig sein, eigene Anträge einfacher durch das Repräsentantenhaus zu bringen." Allerdings bleibe die Angst, dass sich die eigenen, mit der Wahl verbündeten, Hoffnungen als Illusionen entpuppen. Echternach gibt zu bedenken: "Alles, was mit der Regierung zu tun hat, scheint sehr langsam zu sein, also werden Änderungen und Fortschritt Zeit brauchen." Aktuell bekommen die amerikanischen Bürger das auch durch den sogenannten "Shutdown" zu spüren. Die Journalistin

ist sicher: "Das ist frustrierend, weil es zeigt, dass Trump anscheinend nicht gewillt ist, mit einem mehrheitlich demokratischen Repräsentantenhaus zusammenzuarbeiten." Es bleibt also spannend.

Mehr Diskussionen, auch online

Keine gute Bilanz also für Donald Trump und die Republikaner, die ihm das Amt des Präsidenten erst verschafft haben. Möglicherweise kann man in Erika Echternachs Worten auch eine Art der Gesellschaftskritik hineininterpretieren. Doch sie weiß: Zumindest einen positiven Effekt, der in den Zwischenwahlen besonders hervorgetreten ist, hat die Wahl Trumps gehabt. "Er ruft starke Emotionen hervor, mal positiv und mal negativ, sodass über Politik viel häufiger gesprochen wird", sagt die Studentin. Das mache auch vor ihrer Generation nicht halt: "Viele meiner Freunde an der Universität haben über die Wahlen geredet und besorgt die Verkündung der Ergebnisse erwartet." Über die Zeit vor und nach der Wahl ist vor allem klar: Die sozialen Netzwerke, die Donald Trump für diverse Regierungsangelegenheiten ebenfalls nutzt, spielen in der Diskussion eine große Rolle. Echternach spricht von einer einfachen Möglichkeit, die eigenen Ansichten zu teilen und Informationen zu verbreiten. Was allen mittlerweile klar ist, kommt hier in aller Deutlichkeit zum Tragen: Soziale Netzwerke sind Chance und Risiko zugleich. Und sie haben bedeutenden Einfluss auf Meinungsbildung und Wahlen.

Online oder offline - Echternach unterstützt die studentischen Proteste gegen den Präsidenten und stellt klar: "Ich glaube daran, dass die Jugend politisch eine starke Stimme haben kann." Sie wirbt für mehr politische Mitbestimmung, besonders durch die jungen Generationen. Es sei ein "unglaublicher Segen" in einem Land zu leben, das seinen Bürgern

ermöglicht, ihre Stimme zu erheben. "Das amerikanische Regierungssystem wurde dazu gemacht, dass der normale Bürger die Entscheidungsträger für ihr Handeln verantwortlich machen kann. Davon sollten wir häufiger Gebrauch machen", sagt die junge Frau. Sie kann in den Vereinigten Staaten dennoch schon jetzt eine bedeutende Wende erkennen: "Junge Menschen sind immer weniger zurückhaltend und haben Teil an der politischen Diskussion, wenn sie sehen, dass Entscheidungen getroffen werden, mit denen sie nicht einverstanden sind. Wenn die Jugend sich weltweit koordiniert zusammenschließen würde, hätten wir sowohl national als auch international die Chance, Politik zu verändern." Und vielleicht sind Universitäten die Institutionen, die das möglich machen können.



Foto: Fibonacci Blue, www.flickr.com

„Anti-Trump“ - ausgetragen auf dem Rücken der Republikaner

Auch wenn die Zwischenwahlen medial und sozial in engen Zusammenhang mit dem republikanischen Präsidenten Trump gebracht wurden, ist der Mehrheitsverlust der Republikaner in erster Linie ein Problem der Partei selbst, findet auch Erika Echternach: "Viele Menschen, die Trump nicht mögen, haben das gegenüber der republikanischen Partei zum Ausdruck gebracht, indem sie die Demokraten gewählt haben. Dazu kommt, dass eine Vielzahl republikanischer Politiker zu ängstlich war, sich gegen Trump und seine Positionen zu stellen und so abgewählt wurde."

In die Zukunft blickt die junge Journalistin aus Pennsylvania hoffnungsvoll. Sie spricht von einem "guten Zeichen, dass die meisten Amerikaner Trumps extremen Ansichten nicht zustimmen". Aus einer traditionell republikanisch geprägten Region stammend, ist sie dennoch glücklich mit dem teilweisen Wahlsieg der Demokraten, denn: "Es kann etwas Angst machen, sich Trump als Kopf von möglicherweise weltweit wichtigen Entscheidungen vorzustellen." Die 21-jährige macht sich aber für eine differenzierte Sichtweise stark und

betont, dass Trump keinen Freifahrtschein für alles habe, was er persönlich durchsetzen wolle. Für sie sind auch Trumps Mitarbeiter und Kongressmitglieder eine große Hoffnung - sie könnten "tatsächlich Verheerendes" abwenden. Langfristig gesehen, sendet sie nach Bonn ein positives Signal: "Es war ein Schritt in die richtige Richtung und ich bin zuversichtlich, dass wir uns als Nation nach vorn bewegen."

Donald Trump und das Mysterium Klimawandel

von Lilian Sekkai

Der Klimawandel, ein Problem, das unserem Planeten noch in einem undenkbaren Ausmaß zum Verhängnis werden wird. Klar ist schon jetzt: Folgende Generationen werden die Folgen der Klimaerwärmung in einem besonderen Maß zu spüren bekommen.

Während die meisten Staaten der Welt das Problem mittlerweile anerkannt haben und über Lösungsansätze debattieren, stellen sich die USA unter Präsident Trump quer. Wobei dieser den Klimawandel 2012 noch als „von den Chinesen erfunden, um der amerikanischen Wirtschaft zu schaden“ beschrieb, bestritt er den Klimawandel im Oktober 2018 nach dem verwüsteten

Ausmaß der Hurrikans „Florence“ und „Michael“ erstmals nicht mehr.

Trotzdem: Mit Amtsantritt des Präsidenten 2017 behaupten Kritiker, die Environmental Protection Agency (EPA) sei radikal umstrukturiert, censiert und weg von ihrem eigentlichen Sinn die Umwelt zu schützen, hin zu einer wirtschaftsfreundlichen Behörde verändert worden. Alles was mehr oder weniger im Rahmen des Legalen für eine Regierung nur irgendwie möglich ist, wird getan, um den Klimawandel zu leugnen. Internetseiten mit Klimabezug wurden gelöscht oder ins Archiv verschoben, viele kritische Forscher entlassen und deren Stellen neubesetzt. Unter anderem war

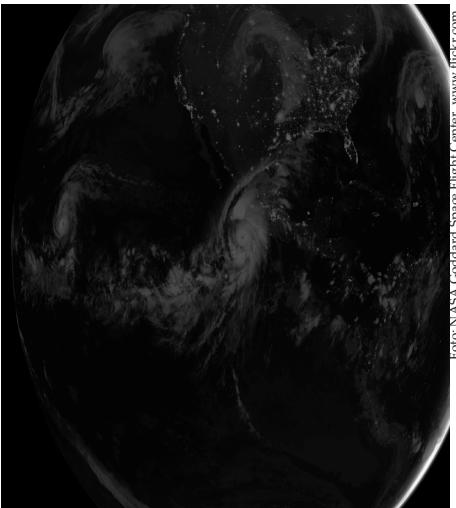
bei der Umstrukturierung eine Seite, die zuvor als die „offizielle Regierungsseite für umfassende Informationen bezüglich Klimawandel und globaler Erwärmung“ fungiert hatte, betroffen. Daten über große Umweltverschmutzer und Berichte über die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit wurden ebenfalls entfernt. Ziel dieser Änderungen sei es, den neuen Kurs der EPA unter Trump wiederzugeben und Verwirrungen durch veraltete Informationen zu vermeiden.

Auch die Austrittserklärung der USA aus dem Pariser Klimaabkommen 2017 soll wohl 2020 in Kraft treten. „America First“ statt „America’s Future“ steht im Mittelpunkt.

Titelthema

Die zwei stärksten Hurrikans Nordamerikas dieses Jahres waren „Florence“ im September und „Michael“ im Oktober 2018. Florida, Georgia, Carolina - der gesamte Südosten der USA waren betroffen. „Florence“ tobte mit extremen Regenfällen Mitte September über die US Bundesstaaten und kostete mindestens 51 Menschen das Leben. Häuser weg, Straßen zerstört, die Menschen ohne Strom. Mindestens 40 Menschenleben hat auch „Michael“ gefordert. Aufgrund dieser Folgen ging wohl auch Mitte Oktober die Meldung 'Trump bestreite den Klimawandel' nicht mehr um die Welt.

Auch die Weststaaten der USA bleiben von Zeichen des Klimawandels nicht verschont. Die jährlichen Waldbrände Kaliforniens waren in diesem Jahr verehrender denn je. Das im November wütende „Camp Fire“ rund um Paradise gilt als das tödlichste und zerstörerischste in der Geschichte des Staates. Aus zwei Bränden zusammengewachsen, kostete das Feuer mehr als 80 Menschen ihr Leben. Zahlreiche Vermisste und unzählige Menschen, die ihr Heim, Hab und Gut verloren haben, waren die Folge.



Eine Folge des Klimawandels?

Ein klares Nein von Präsident Trump. Die starken Waldbrände, die im November 2018 ausbrachen und große Flächen des Bundesstaates Kalifornien heimgesucht hatten, wo besonders die Stadt Paradise nahezu komplett vernichtet wurde, hätten sich aufgrund mangelnder Forstarbeiten so rasch ausgebreitet heißt es von Trump.

Während er zu Beginn der Waldbrände noch rein den Forst dafür verantwortlich machte und damit drohte, diesem die Bundesgelder zu kürzen, musste er aufgrund der zahlreichen Todesopfer und den weiteren schlimmen Folgen nun doch Eingeständnisse machen. Die verheerende Situation war nicht mehr zu leugnen und der Präsident besuchte die Region um Paradise persönlich. Hier sorgte er mit seiner Empfehlung, man müsse - nach finnischem Vorbild - im Wald nur gründlich Laub fegen, um solche Waldbrände zu verhindern, weltweit für Entsetzen. Angeblich habe ihm der finnische Präsident diese Auskunft gegeben.

Das sonnige, dürre und trockene Kalifornien ist hierbei wohl schwer mit den borealen Nadelwäldern des kaltgemäßigten Klimas Finnlands zu vergleichen. Auf Twitter konterten empörte Finnen geschickt und posteten beispielsweise Bilder auf denen sie staubsaugend im Wald zu sehen sind. Diese obskure Aussage des US Präsidenten, wie auch sein ambivalentes Auftreten bezüglich der Waldbrände, zeigen einmal mehr: Der Präsident hat in Bezug auf den Klimawandel keine Ahnung.

Klima oder Wetter?

Bereits mehrfach wurden die Begriffe Wetter und Klima vom US Präsidenten fälschlich benutzt. Jährlich twittert er Klima und Wetter vermischtende Posts. Die amerikanische Internetseite „vox.com“ zählte die Tweets Donald Trumps mit Inhalten von Klimaerwärmung und kam auf 115 Einträge. Die meisten davon würden „irgendeine Art von Verweichlung der Begriffe Klima und Wetter beinhalten“, meinen die Autoren. Am 1. November 2011, lange vor seiner politischen Karriere, postet er via Twitter „it snowed over 4 inches this past weekend in New York City. It is still October. So much for Global Warming.“

Dann hieß es am 23. April 2013: „It's freezing in New York - where the hell is global warming?“ Am 29. Dezember 2017 schreibt Trump: „In the East, it could be the COLDEST New Year's Eve on record. Perhaps we could use a little bit of that good old Global Warming“

that our Country, but not other countries, was going to pay TRILLIONS OF DOLLARS to protect against. Bundle up!“

Während Twitter User und Medien zwar bereits seit mehreren Jahren entgegen kontern, verharrt der Präsident auf seinem Denken. Extremes Wetter, besonders verursacht durch die Klimaveränderung, möchte er nicht wahrhaben. Begriffserklärungen des „Globalwarming“ im Sinne von - global zutreffend - und nicht auf Trumps Wohnsitze New York oder Washington bezogen, sowie genaue Beschreibungen des Unterschiedes von Wetter und Klima, helfen dem Präsidenten nicht.

Der am 23.11.18 veröffentlichte, neue US-Klimabericht, „the Fourth National Climate Assessment“, welcher von hunderten Wissenschaftlern aus 13 US-Bundesbehörden gemeinsam verfasst wurde, geht von einem vom Menschen verursachten Klimawandel aus und widerspricht Trumps Annahmen maßgeblich. Der Bericht warnt vor großen Folgen durch die Klimaerwärmung - auch im wirtschaftlichen Sektor, in dem Trump vor seiner Präsidentschaft beheimatet war. Unterstellt wurde der Trump Regierung hier auch das gezielte Veröffentlichen der wichtigen Klimaerklärung am Black Friday 2018. Die Meldung des Berichts sei so strategisch stummgelegt worden, da an diesem Tag die globale, aber vor allem auch die amerikanische Aufmerksamkeit ganz auf den „Schnäppchen-Kaufrausch“ gerichtet ist.

Am 24. Dezember machte das britische Unternehmens EnviroBuilt, Präsident Trump dann ein Weihnachtsgeschenk der ganz besonderen Art. „Dermophis Donaldtrumpi“ heißt ein kleiner neu entdeckter Wurm, der nach dem aktuellen US-Präsidenten benannt wurde. Das blinde Wesen steckt gerne den Kopf in den Sand, genau wie sein Namenspatron in Sachen Klimawandel. Beide sehen die Welt nur schwarz-weiß, heißt es zusätzlich von dem britischen Unternehmen, weshalb bereits mehrere Parallelen zwischen Trump und „Dermophis Donaldtrumpi“ gezogen werden können.

Noch können wir über die obskure Klimapolitik des Präsidenten schmunzeln, aber

Was wird mit unseren Folgegenerationen geschehen? Haben wir nicht eine Verantwortung für unsere und auch ihre Zukunft?



Während der amerikanische Präsident den Klimawandel mittlerweile zwar anerkannt hat, ist er trotzdem noch fest davon überzeugt, dieser sei nicht vom Menschen gemacht. Zum Vergleich: Ähnliche Behauptungen werden in Deutschland regelmäßig von der AfD gemacht. Der Klimawandel ist in seinen Augen kein Scherz mehr, Handlungsbedarf bestehe dennoch nicht. Laut Trump wird die Erderwärmung sicher auch „wieder zurückgehen“. Wie, ist jedoch fraglich, wenn nicht gehandelt wird.

Tatsache ist: Die Erde erwärmt sich und wenn schon der amerikanische Präsident nichts dagegen unternimmt, sollten wenigstens wir versuchen nachhaltiger zu leben, um unserem Planeten eine (bessere) Zukunft zu ermöglichen.

Trendwende oder Kontinuität?

Die Beziehung der USA zu Saudi-Arabien unter Präsident Donald Trump

von David Isken, Robin Weiden und Philipp Sprengel

Das Königreich Saudi-Arabien erregt seit kurzem besonders durch sein Engagement im Jemenkonflikt große Aufmerksamkeit. Dort bringt die Bevölkerung das größte Opfer, dauerhaft bedroht von Hunger und Krankheiten. Saudi-Arabien steht im Verdacht, Häfen gezielt zu blockieren, um die Bevölkerung auszuhungern. Daneben werden durch großangelegte und wohl willkürliche Bombardements große Teile wichtiger Infrastruktur zerstört. Die Huthi-Rebellen, gestützt vom Iran, sollen als Gegner der von den Saudis unterstützten Regierung Hadi in die Knie gezwungen werden. Rückendeckung bekommt das Königreich dabei seit jeher von einem mächtigen Verbündeten, den USA. Die Wechselbeziehung basierend auf dem Prinzip des „do ut des“, genauer: Saudi-Arabien liefert Öl und die USA Waffen und Expertise, reicht bis in die 1930er Jahre zurück. Doch das Verhältnis der mehr als ungleichen Staaten ist auch eine Geschichtekontinuierlicher Spannungen, so durch antisemitische Propaganda aus dem Königreich oder den Atomdeal Barack Obamas mit dem Iran. Auf die Frage des ehemaligen australischen Premierministers Malcolm Turnbull, ob Saudi-Arabien nicht der Freund der USA seien, antwortete Obama mit einem Lächeln, dass es kompliziert sei. 2016 schränkte er im Zuge des Jemen-Konflikts die Waffenlieferungen ein. Mit der gewaltsamen Ermordung des im amerikanischen Exil lebenden saudischen

Journalisten Jamal Khashoggi, welche international für Entsetzen sorgte, war mit strengen Reaktionen auch aus den USA zu rechnen - nach mehreren undurchsichtigen Erklärungen gestand das saudi-arabische Königshaus den Mord. Entgegen den Erwartungen setzte der Nachfolger Barack Obamas, Donald Trump, allerdings andere Zeichen. In einer Erklärung zu den Beziehungen der beiden Staaten vom 20. November verurteilte er zwar den Mord, sicherte Saudi-Arabien aber seine feste Unterstützung zu. Es soll im Folgenden daher ein genauer Blick auf die Strategie Donald Trumps in Bezug auf die Arabische Halbinsel und auch ein Blick auf die Politik Barack Obamas geworfen werden.

Rückblick: Die Beziehungen unter Barack Obama



Unter Trumps Amtsvorgänger Barack Obama war das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien deutlich kühler Natur und in größerem

Maße als aktuell von gegenseitigem Unbehagen geprägt. Ein Ende der seit über 70 Jahren bestehenden „Vernunftehe“ zwischen den beiden Staaten bedeutete dies freilich nicht. Zwar stoppte Obama 2016 einen Teil der amerikanischen Waffenlieferungen wegen des Jemen-Konflikts an Saudi-Arabien. Doch es ist interessant, dass es gerade Obama war, der Waffenverkäufe an Saudi-Arabien im ganz großen Stil bewilligte. Unter Obama lieferten die USA Flugzeuge, Helikopter und Raketenabwehrsysteme für weit über 100 Milliarden Dollar nach Riad. Im Gegensatz zur aktuellen Regierung unter Präsident Trump knüpfte Obama den Verkauf allerdings an Bedingungen wie die Verbesserung der Menschenrechtslage in Saudi-Arabien oder mehr Zurückhaltung bei den Luftangriffen der saudisch geführten Militärkoalition im Jemen.

Der Hauptgrund für das angespannte Verhältnis der Regierung Obama und des saudischen Königshauses war die Wiederaufnahme des außenpolitischen Dialogs der USA mit dem Iran. Der schiitische Iran und das sunnitische Saudi-Arabien sind seit Jahren Rivalen im Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten. Zum persischen Neujahrsfest am 19. März 2009 bot Obama dem Iran in einer Videobotschaft nachdrücklich an, die eisigen Beziehungen zwischen den Führungen in Teheran und Washington auf eine neue

Foto: dcblg. www.flickr.com

Grundlage zu stellen. Die Bemühungen Obamas gipfelten schließlich im Wiener Atom-Abkommen mit dem Iran im Juli 2015. Obama wollte die traditionellen Verbündeten im Nahen Osten zwar nicht zugunsten Irans „über Bord werfen“, die Saudis und die Iraner rief er aber dazu auf, einen Weg zu finden, wie sie „eine Art kalten Frieden“ schaffen könnten – das letzte, was das saudische Königshaus wollte.

Veränderung der Beziehungen unter Präsident Trump



Foto: rinalbradshaw, www.flickr.com

Es war zu erwarten, dass sich die Außenpolitik der USA im Nahen und Mittleren Osten mit dem Amtsantritt Donald Trumps verändern würde, da dieser schon im Wahlkampf mit der Aufkündigung des 2015 ausgehandelten Atomabkommens für sich geworben hatte. Das Wiederkehren der Konfrontation mit dem Iran in der US-Außenpolitik machte eine deutliche Annäherung an Saudi-Arabien wahrscheinlich. Das sunnitische Saudi-Arabien begrüßte den wiederkehrenden Druck aus den USA auf den Iran. Um ihr Bündnis mit den USA zu vertiefen, warb der Kronprinz Saudi-Arabiens Mohammed bin Salman mit neuen Rüstungsaufträgen für sich. Diese Angebote - möglicherweise auch Trumps privates gutes Verhältnis zu saudischen Geschäftsmännern - sorgten dafür, dass Trump Saudi-Arabien als erstes Ziel seiner ersten Auslandsreise als Präsident auswählte. Bei seinem Besuch prahlte er damit, dass die Saudis Zusagen zu Waffengeschäften in Höhe von 110 Milliarden Dollar gemacht hätten. Der Nationalist Trump schwärzte in der Folge davon, dass dies in den USA eine große Anzahl von Jobs schaffen würde. Saudi-Arabien hatte es damit geschafft, Trump für sich zu gewinnen. Kritik an der Lage der Menschenrechte in Saudi-Arabien oder dem Einsatz der Waffen im Krieg im Jemen mussten sie von diesem Präsidenten nicht fürchten.

Zu den verabredeten Rüstungsgeschäften ist allerdings anzumerken, dass schon 2017 die Zahlen angezweifelt wurden und aus heutiger Sicht eine Realisierung der Geschäfte noch unwahrscheinlicher ist. Seit dem Amtsantritt Donald Trumps sind noch keine neuen Rüstungsaufträge abgeschlossen worden. Dies ist vielleicht damit zu erklären, dass Saudi-Arabien kein Interesse daran hat, sein Militär noch weiter aufzurüsten, da das Land bereits über ein sehr stark ausgestattetes Militär verfügt. Zudem steigen die Staatseinnahmen nicht mehr in dem Maße, wie in den vorigen Jahren. Die Bevölkerung wächst hingegen umso stärker, was andere Ausgaben nötig macht. Zuletzt verschlingt der Krieg im Jemen eine Menge Geld, was schließlich dazu führt, dass Saudi-Arabien diese immensen Summen nicht für eine Ausweitung des Waffenarsenals aufbringen kann, sondern sich auf die Bestellung von Ersatzteilen und Munition beschränken muss. Man kann damit durchaus vermuten, dass sich Trump von den großen Versprechungen des Kronprinzen hat blenden lassen oder auch immer noch blenden lässt. Allerdings nicht nur von den Waffengeschäften, sondern auch von den wirklich stattfindenden Warenaustauschen. Bei seinem Besuch im saudischen Königreich begleiteten den Präsidenten eine große Delegation von Unternehmensvertretern, die beispielsweise große Aufträge im Energie- und IT-Sektor abgeschlossen haben. Darüber hinaus ist es für Trumps versprochenes Jobs- und Wirtschaftswachstum nötig, dass Saudi-Arabien nach den Sanktionen gegen den Iran die Ölförderung steigert, damit der Ölpreis stabil bleibt und die US-amerikanische Wirtschaft auf der Grundlage des niedrigen Ölpreises weiter wachsen kann.

America First: Kein Platz für Idealismus

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Staat auf der arabischen Halbinsel steht für Trump damit über allem anderen. Das wurde zuletzt beim Mord an dem regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 deutlich. Der Journalist wurde nach dem Betreten der Saudi-Arabischen Botschaft in der Türkei vermisst. Saudi-Arabien hatte

daraufhin drei Wochen lang dementiert, dass Khashoggi in der Botschaft verschwunden sei. Als besonders die Türkei immer wieder Saudi-Arabien belastendes Material veröffentlichte, gab die saudische Regierung erst an, der Journalist sei bei einem Faustkampf ums Leben gekommen. Inzwischen gibt die aktuellste offizielle saudische Version zu verstehen, dass die Tötung von Agenten ausgeführt worden sei, die dem Vize-Geheimdienstchef unterstellt waren. Mohammed bin Salman habe davon nichts gewusst. Da es aufgrund von eindeutigen Indizien aus Telefonmitschnitten und der allmächtigen Entscheidungsgewalt des Kronprinzen in dem arabischen Staat sehr unwahrscheinlich ist, dass bin Salman nichts von der Ermordung Khashoggis gewusst hat und diesen nicht oder selbst in Auftrag gegeben hat, wurde die Tötung international scharf verurteilt. Einige europäische Staaten verhängten Sanktionen. Deutschland reagierte mit einem Exportstopp für Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien. Da Khashoggi in den USA im Exil lebte und arbeitete, war deutliche Kritik auch von den USA zu erwarten. Obwohl die CIA zu dem Schluss kam, dass der Kronprinz bin Salman den Mord in Auftrag gegeben hatte, war von Trump und seiner Regierung keine Kritik am saudischen Königshaus zu vernehmen. Man verurteilte zwar die Tötung des Journalisten, machte aber nicht die saudische Regierung dafür verantwortlich. Trump selbst machte in einer offiziellen Verlautbarung deutlich, Saudi-Arabien sei aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen ein sehr wichtiger Partner, weshalb es gar nicht so wichtig sei, ob der Kronprinz davon gewusst habe oder nicht. So heißt es in der Verlautbarung: „Our intelligence agencies continue to assess all information, but it could very well be that the Crown Prince had knowledge of this tragic event – maybe he did and maybe he didn't!“. Vize-Präsident Pence erklärte, Realpolitik stehe über moralischem Idealismus und Trumps Minister unterstützten ebenfalls die Haltung des Präsidenten, indem sie betonten, es sei nicht bewiesen, dass Mohammed bin Salman von dem Mord gewusst habe. So kam es nur zu US-amerikanischen Sanktionen gegen die von der Regierung um den Kronprinzen für den Mord

verantwortlich gemachten 17 Personen. Sogar der von einer republikanischen Mehrheit dominierte Senat war nicht mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden und ließ zwei Resolutionen im Senat verabschieden, die den Kronprinzen für den Mord an Jamal Khashoggi verantwortlich machten und ein Ende der Unterstützung der Saudi-Arabischen Einsätze im Jemen beschlossen. Die Resolutionen werden aufgrund Trumps Veto-Recht nicht in Kraft treten, es ist aber ein deutlicher Affront gegen den Präsidenten. Ändern an dessen Haltung gegenüber Saudi-Arabien wird dies aber nichts. Er wird seine Politik im Mittleren Osten fortsetzen, obwohl diese so ähnlich schon in den 80er Jahren gescheitert ist, als man den Irak gegen den Iran aufrüstete.



Foto: Omar Chatriwala, www.flickr.com

Ausblick

Wie fällt nun eine mögliche Bilanz aus? Barack Obama steht wohl kaum für eine handfeste Zensur in den Grundprinzipien der „Vernunftfeinde“ USA und Saudi-Arabien. Auch er schloss Waffentransfers in Milliardenhöhe ab. Doch Obama war, um die Einschätzung James D. Bindagels zu teilen, ein realistischer Pragmatiker – Diplomatie ein Kernelement seiner Politik. Den Iran, trotz dessen feindlichen Gebarens, verlor er nicht aus den Augen und erneuerte die Beziehungen, entgegen den Einwänden Saudi-Arabiens. Donald Trump ist nun im Begriff, zu alten, vor den Amtszeiten von Obama bestehenden Beziehungsmustern, zurückzukehren. Der Atomdeal mit dem Iran, sicherheitspolitisch hochbedeutend, ist bereits Geschichte. Wirtschaftliche Prosperität, d. h. auch die Generierung von Arbeitsplätzen, steht für ihn an erster Stelle. Auch wenn es noch keine konkreten Resultate aus den eher undurchsichtigen Deals mit der Regierung in Riad gibt, so sieht er doch den wirtschaftlichen Erfolg zum greifen nah. Dabei ist für Idealismus kaum Platz, wie dies Vizepräsident Mike Pence in der „Khashoggi-Frage“ einmal mehr verdeutlichte. Die Partnerschaft hat Tradition und Öl ist dabei ein schwergewichtiges Argument. So auch die sicherheitspolitische Rolle des

Königreichs, die auch Obama mit der Lieferung von 48 Kampfjets verknüpfte. Der engere Schulterschluss mit Saudi-Arabien ist wohl zu erwarten, die Hemmschwelle für Gräueltaten im Jemen oder gegen die eigene Bevölkerung seitens Saudi-Arabien wird vermutlich sinken, wenn der engste westliche Partner keine anderen Zeichen setzt. Sollte Trump dabei in Bezug zum Iran weiter auf die Schurkenstaat-Attitüde bauen, wird dies wohl ein Nullsummenspiel werden und der Konflikt im Jemen sich zu einem Krieg zwischen dem Iran und Saudi-Arabien entwickeln. Die USA hätten damit in ihrer beanspruchten Rolle des Stabilisators im Nahen Osten versagt.

Wie Demokratien sterben

Eine Buchvorstellung

von Sebastian Ziegert

Während Demokratien früher durch einen lauten und gewaltsamen Knall zu Ende gingen - man denke an die Militäroputsche in der Zeit des Kalten Krieges -, sterben sie heutzutage auf deutlich subtilere und leisere Art und Weise. Das Gefährliche daran ist, dass viele Menschen, die in diesen Demokratien leben, gar nicht bemerken, dass ihre eigene Staatsform zerbricht.

Diese ernüchternde These liefern Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, zwei Professoren für Regierungslehre an der Universität Harvard, gleich zu Beginn ihres im vergangenen Jahr erschienenen Buches „Wie Demokratien sterben. Und was wir

dagegen tun können“. Die beiden Politikwissenschaftler konstatieren, dass auch sie mit Blick auf ihr Land und die währende Präsidentschaft Donald Trumps die Frage aufwerfen müssen, ob die eigene Demokratie in Gefahr geraten ist. Angelehnt an den vom Politikwissenschaftler Juan J. Linz entwickelten „Lackmustest“ zur Identifizierung antidemokratischer Politiker erarbeiten Levitsky und Ziblatt eine Checkliste mit vier Indikatoren, die als Warnzeichen zum Erkennen autoritären Führungsverhaltens dienen sollen. Die Alarmsirenen sollen demnach dann aufheulen, wenn die Ablehnung demokratischer Spielregeln (1), die Leugnung

der Legitimität politischer Gegner (2), die Tolerierung von oder Ermutigung zu Gewalt (3) oder die Bereitschaft zur Beschniedigung der bürgerlichen Freiheiten von Opponenten oder Medien (4) durch einen Politiker an den Tag gelegt wird.

Trump liefert in den Augen der Autoren Anhaltspunkte, um alle vier Indikatoren zumindest in gewissem Maße bejahen zu können - er trägt dazu bei, dass grundlegende demokratische Normen erodieren. Besonders interessant wird das Buch von Levitsky und Ziblatt in dem Moment, in dem sie deutlich machen, dass demokratische Strukturen

nicht nur durch die in der Verfassung enthaltenen Normen, sondern auch durch „Leitplanken“ und „ungeschriebene Gesetze“ am Leben gehalten werden. Gegen seitige Achtung, d.h. der grundsätzliche Respekt vor dem politischen Gegner trotz inhaltlicher Meinungsverschiedenheiten, und institutionelle Zurückhaltung, worunter das Unterlassen einer Handlung verstanden werden kann, die zwar von den geltenden Gesetzen geschützt ist, jedoch ihren Geist offensichtlich verletzt und damit zu einer Gefährdung des Systems führen kann, sind dabei die fundamentalen „Leitplanken“, die nicht durch die Verfassung, sondern durch den bloßen Konsens unter allen politischen Akteuren aufrecht gehalten werden. Eben diese „Leitplanken“ sehen die Autoren in den USA durch Trump, aber auch durch einen zunehmend polarisierten Kongress (bspw. sichtbar durch „shut downs“) in Gefahr gebracht.



Foto: Mehr Demokratie, www.flickr.com
Das Buch liefert alles in allem einen sehr gut lesbaren Überblick über den gegenwärtigen schwierigen, aber keinesfalls hoffnungslosen Zustand des amerikanischen Großen und Ganzen, nämlich der Demokratie. Zeitgleich dient das Werk durch den Bezug zu verschiedenen Fallkonstellationen der Geschichte und Gegenwart (ob Italien zur Amtszeit Mussolinis oder die gegenwärtige Türkei) als machtvoller Weckruf zum genauen Hinschauen, wenn Demokratien durch leises Wimmern gefährdet werden.

Levitsky und Ziblatt kommen schließlich zu der Erkenntnis, dass die amerikanische Demokratie samt ihrer Institutionen bislang überaus standhaft gegenüber jeglichen Angriffen reagiert hat. Dennoch appellieren sie vor allem an die Verantwortung der politischen Eliten und dabei ganz besonders an die Republikaner, dass die Demokratie nicht weiter von innen ausgehöhlt wird und Präsident Trump „in seine Schranken“ gewiesen wird.

„Nazi-Schlampen“? Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!

Darf man auch, zeigt aber ebenso: Meinungsfreiheit und der richtige Umgang damit ist ein zweischneidiges Schwert.

von Nils Geuenich

Denn immer wieder kommt der Vorwurf auf, manche Dinge dürfe „man“ ja gar nicht mehr sagen, und dass dadurch Einstellungen und Meinungen mundtot gemacht werden sollen. Dabei ist eigentlich recht klar geregelt, was gesagt werden darf, und was nicht. Und wie so häufig reicht auch hier ein kurzer Blick auf die Rechtsprechung unseres Landes, wie auch der Fall schön illustriert, auf welchem die bisherigen Zeilen basieren. Im Jahre 2017 nämlich sagte Alice Weidel in ihrer Rede nach der Wahl zur Spitzenkandidatin der AfD: „Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“ Darauf Bezug nehmend äußerte Christian Ehring in der Satiresendung „Extra3“ des NDR: „Jawoll, lasst uns alle unkorrekt sein. Da hat die Nazi-Schlampen doch recht.“ In Folge dessen hatte die AfD zunächst ein Unterlassungsbegehr an den NDR gesendet, ehe ein Gericht über die Sache entscheiden muss-

te. Dieses wog den Kontext der Satire gegen die Persönlichkeitsrechte Alice Weidels auf, und urteilte zugunsten des NDR. Etwas anders lief es bei Jan Böhmermann und dessen „Schmähkritik“, in welcher er Recep Tayyip Erdogan ein Gedicht widmete, welches ebenso explizite Ausdrücke beinhaltete. Auch in Folge eines Urteils des Oberlandesgerichts Hamburg vom 15.05.2018 bleiben 18 der 24 Zeilen des Gedichts verboten,

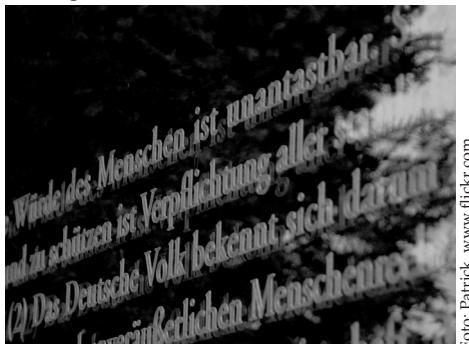


Foto: Marco Verch, www.flickr.com
der Anwalt Böhmermanns hat jedoch bereits weitere Schritte eingeleitet und angekündigt, man wolle notfalls bis vors Bundesverfassungsgericht ziehen. Anhand dieser Beiden Fälle lässt sich jedoch gut herausarbeiten: „Sagen“ darf man zunächst alles, nur welche Konsequenzen das hat, wird sich in der Regel hinterher zeigen. Denn zunächst gilt Artikel 5 des Grundgesetzes, welcher besagt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Dies jedoch ist kein Freibrief, da auch bei diesem, wie bei den anderen Grundrechten ebenso, sogenannte „Schranken“ existieren, welche in der Regel im Strafgesetzbuch oder dem Zivilrecht zu finden sind.

So ist es zum Beispiel keine Zensur, wenn aus Gründen des Jugendschutzes gewisse Dinge durch Altersfreigaben oder gar das Mittel der Indizierung vor einigen oder allen Menschen in Deutschland zurückgehalten werden. Auch die oben bereits behandelte Frage der beleidigenden Aussagen zum Beispiel ist dort abgesteckt.

Doch nicht nur Juristen klären natürlich, was gesagt werden darf, und was nicht. So kommt es auch immer darauf an, auf welche Empfänger die Aussagen treffen, und ob daraus resultierend Zustimmung oder Ablehnung entsteht.

So betrachte man zunächst den Tweet Beatrix von Storches, in welchem sie schrieb: "Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer." Daraufhin fragte ein Twitternutzer nach: "Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?" Hierauf folgte nur ein sehr knappes "Ja" von Frau von Storch. Diese Einstellung, Gewalt gegen eine große Menge von Menschen einzusetzen, kam im Großen und Ganzen natürlich nicht gut an, und veranlasste die AfD in



Person verschiedener Politiker die Aussagen relativieren zu wollen. Sogar von einem technischen Fehler war zu hören. Dem gegenüber möchte ich nun die Aussage Jeremy Clarksons stellen, welcher in seiner damaligen Sendung „Top Gear“ sagte: „We should stop blaming cars for everything and start massexecutions oft the stupid.“ Auch hier wird augenscheinlich zu Gewalt gegen eine nicht näher definierte Personengruppe aufgerufen. Und sowohl die Person Jeremy Clarkson als auch die in der Show getätigten Aussagen waren häufig Anlass zu Kontroversen und kritischen Artikeln. Alles in allem lief es jedoch darauf hinaus, dass nach Aussagen von Andy Wilman, mit dem Clarkson schon bei der BBC zusammenarbeitete, Top Gear in 214 Ländern populär wurde, von bis zu 350 Millionen Zuschauern gesehen wurde, deren Demographie sich fast zu gleichen Teilen in Frauen und Männer aufteilte und der BBC durch die Senderechte in einem Jahr bis zu 150 Millionen GBP einspielte. Und auch hieran lässt sich wieder ein wichtiger Aspekt der Frage beleuchten, wann es politischer Korrektheit bedarf, und wann nicht. In einer Unterhaltungssendung, die sich seit jeher durch extrem bissigen Humor hervorgetan hat, kann politisch unkorrekt zu sein ein sehr effektives Stilmittel darstellen. In einer politischen Diskussion jedoch ist es nicht zielführend, sich in dieser Art auszudrücken. Denn wer ernsthaft an einem politischen Diskurs interessiert ist, der letztendlich zu einem vernünftigen Ergebnis führen soll, muss ein paar Dinge

bedenken: Schlagworte, wie sie auf Wahlplakaten zu sehen sind, und welche einzelne Punkte eines Parteiprogramms prägnant darstellen sollen, sollten schon der untere Rand des Ausdrucks von Politikerinnen und Politikern sein. In Debatten, Reden, Gesprächen untereinander oder Interviews mir Pressevertretern sollten, wie in jedweden anderen Umgang auch, vor allem ein respektvoller Umgang und ein vernünftiges Auftreten die Regel sein. Denn auch die Regierungsparteien kündigen zumindest an, die Flüchtlingspolitik Angela Merkels kritisch beleuchten zu wollen. Doch wer dies ohne rassistische Ressentiments angeht, kommt in Folge dessen sowohl juristisch, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung, erheblich besser davon, statt zu einem Prüffall des Verfassungsschutzes zu werden.

Also nein, „Nichts mehr sagen zu dürfen“ ist nicht der Status quo, doch wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus. Wer rechte Parolen von sich gibt, muss sich nicht wundern als Nazi bezeichnet zu werden, wer zu häufig falsche Informationen verbreitet, muss sich nicht wundern unglaublich zu werden, und wer zu oft Menschen beleidigt muss sich nicht wundern, dass sich zunehmend Menschen abwenden oder die Aussagen im Zweifelsfall von einem Gericht überprüft werden.

DU BIST DIE FACHSCHAFT.

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende Dich an uns! Wir helfen Dir weiter oder wissen zumindest, von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion?

Kussion? Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was Dich stört und Du willst Dinge verändern? Bring Dich ein und probiere Dich aus! Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein. Jeden **Mittwoch** im Semester um 20 Uhr c.t. im **großen Übungsaum** des Instituts oder schreib uns eine E-Mail:

sprechstunde@fs-sozpol.de



WE WANT YOU

Landesregierung stellt Kabinettsentwurf für Hochschulgesetz vor

von Laura Meyer

Ein vorgegebener Studienverlaufsplan, Anwesenheitspflicht, weniger studentische Mitbestimmung. So könnte das Hochschulleben ab dem Wintersemester 2019/20 aussehen. Die schwarz-gelbe Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat am 18. Dezember letzten Jahres den Entwurf für ein neues Hochschulgesetz beschlossen.

Unterschiede zum aktuellen Hochschulgesetz soll es vor allem in den Bereichen Verhältnis der Hochschulen zum Land, interne Hochschulorganisation und Studium und Lehre geben. Das neue Gesetz soll den Hochschulen vor allem mehr Eigenverantwortung übertragen, zum Beispiel bei der Hoch-

terentwickeltes Hochschulfreiheitsgesetz in den Mittelpunkt gerückt". Über die Studierenden sagt sie nichts, dabei sind diese doch am meisten von den Änderungen betroffen. Laut dem ASTA Bonn seien aber viele Kritikpunkte, die studentische Vertreter*innen auf dem NRW-Landes-ASten-Treffen geäußert haben, noch ein Teil des Kabinettsentwurfs.

Das Landes-ASten-Treffen und weitere ASten Nordrhein-Westfalens haben sich zu der Kampagne „#notmyhochschulgesetz“ zusammengeschlossen. Gemeinsam kämpfen sie gegen das Hochschulgesetz und möchten, dass die Kampagnenbotschaft verbreitet wird und somit die Studierendenschaft Informationen erhält.

Um die Zahl der Studienabbrecher zu reduzieren, sieht der Kabinettsentwurf vor, dass Hochschulen konkrete Studienverlaufsvereinbarungen mit den Studierenden abschließen zu können, was Studierende laut ASta unter Druck setzen könnte.

Allerdings sieht das Hochschulgesetz keine unmittelbaren rechtlichen Folgen vor, sollten die festgelegten Verpflichtungen nicht oder nur teilweise erfüllt werden.

Bisher gilt an allen Hochschulen in NRW die sogenannte Viertelparität, die besagt, dass Statusgruppen an der Universität zu gleichen Teilen im Senat und den Gremien vertreten sein müssen – der Kabinettsentwurf sieht vor, dass diese Verteilung nicht mehr verpflichtend ist. Laut dem ASta Bonn eine Katastrophe für die studentische Mitbestimmung.

Eine erste Lesung des Entwurfs im Landtag ist für Januar 2019 vorgesehen. Der Gesetzentwurf könnte bereits im Wintersemester 2019/2020 in Kraft treten. Ob die Hochschullandschaft durch die Änderungen tatsächlich – wie es sich die Landesregierung auch wünscht – verbessert wird, bleibt abzuwarten.



schulentwicklung und bei Bauprojekten indem es den Hochschulen möglich gemacht wird, selbst Bauherren zu werden.

Die parteilose Kultur- und Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen sagte am 18. Dezember: „Das Hochschulgesetz wird die Rahmenbedingungen für Qualität und Erfolg im Studium und für Exzellenz in der Forschung verbessern. Die Autonomie und die eigene Gestaltungskraft der nordrhein-westfälischen Hochschulen werden durch ein wei-

Ein Kritikpunkt ist die im Entwurf gegebene Möglichkeit der Aufhebung des Verbots der unbegründeten Anwesenheitspflicht. Die Landesregierung möchte den Hochschulen die Möglichkeit geben vor Ort, auch im weiterhin obligatorischen Studienbeirat, zu diskutieren und selbst die Entscheidung zu treffen, ob die Anwesenheitspflicht eingeführt werden soll. Sie könnte nur dann eingeführt werden, wenn sie eine Mehrheit im Studienbeirat oder eine Zwei-Dritt-Mehrheit im Fachbereichsbeirat hat.

Blockchain and the state (englisch)

von Emma Bieck

„Just as technology of printing altered and reduced the power of medieval guilds and the social power structure, so too will cryptologic methods fundamentally alter the nature of corporations and of government interference in economic transactions.“ - Timothy C May.

„If you've got nothing to hide, you've got nothing to fear.“ But can there really ever be people in a functioning democracy who have nothing to hide? Is the right to privacy and personal freedom not the condition which makes democracy possible in the first place? Is a space where the individual is freed from the presence and control of others not essential to form ideas and thoughts which challenge the existing form of social organization? What happens when the private is only granted in the physical sphere and not extended to digital networks? How will the elimination of anonymity in the digital realms of social encounter fundamentally change our democratic structures? In the age of Google and Facebook, of big data and state funded surveillance, when the collection of ever more personal data is believed to be essential in providing the best form of security, are we not losing the digital sphere as a democratic sphere, where all sorts of opinions can be expressed freely without the fear of prosecution?

The history of bitcoin and the blockchain

In 1993 Eric Hughes published the Cypherpunk manifesto. Cypherpunk is a play on the words 'cipher' and 'cypher' - a way to encrypt and decrypt information. It also relates to the science fiction genre cyberpunk, and is the name of a movement formed in 1992 in California. The main focus of this manifesto is on the protection of privacy and personal

freedom in the digital networked age through strong encryption, anonymous mail systems and also electronic money. Their work was critical in the fight for legalization of civilian use of strong cryptography in a time when the US administration under president Bill Clinton tried to ban cryptographic technologies. In the manifesto, Hughes points out that one can not rely on governments or corporations to be granted privacy but has to actively defend privacy and therefore personal freedom through building systems which can provide anonymous transactions. „Privacy is necessary for an open society in the electronic age. Privacy is not secrecy. A private matter is something one doesn't want the whole world to know, but a secret matter is something one doesn't want anybody to know. Privacy is the power to selectively reveal oneself to the world.“ Hughes was part of the Cypherpunk movement together with Timothy C. May and John Gilmore. Together they discussed broad topics such as mathematics and cryptography but also political and philosophical issues and eventually created a mailing list to reach out of the bay area.



Foto: Antana, www.flickr.com

In the Crypto Anarchist Manifesto, which was read by Timothy C. May in 1992 at the founding meeting of the group and was forwarded on the Cypherpunk mailing list in November 1992, May outlines

how cryptography will fundamentally influence government regulation and thus alter the relationship between citizens and their governments. „Computer technology is on the verge of providing the ability for individuals and groups to communicate and interact with each other in a totally anonymous manner (...) These developments will alter completely the nature of government regulation and, the ability to tax and control economic interactions, the ability to keep information secret, and will even alter the nature of trust and reputation.“ According to May, cryptologic technology will prove to be a technology as revolutionary as the invention of the printing press. One might consider small inventions in subbranches of mathematics such as cryptology insignificant, but May thought otherwise. For him cryptology entails the possibility to subvert current power dynamics between the state and the citizen, between corporations and people in favor of individual freedom, privacy and independence from centralized economic and political institutions and thus prove to be enabling nothing but a fundamental economic and social revolution. These principles of unconditional privacy, individual freedom, self-organization and independence from state structure in connection with cryptology, developed by the cypherpunks, came to be of vital importance for the development of digital currencies. One of the first attempts to create anonymous transacting systems was the creation of Hashcash in 1997, the proposal for B-Money in 1998 and in 2004 Bitgold. In 2008 an unknown individual or group of people under the name of Satoshi Nakamoto sent a paper to the cypherpunk mailing list with the title „Bitcoin : A Peer-to-Peer Electronic Cash System“ and a year later the first Bitcoin was mined.

What is Bitcoin and what is the Blockchain?

The Blockchain is the underlying technology upon which bitcoin works. A blockchain is basically a database which contains all the transactions ever executed in the bitcoin network. What is interesting about the blockchain technology is, that people can interact (for example exchange bitcoins) with each other without knowing or trusting each other, because the transactions are verified and recorded by all the nodes in the system through cryptographic algorithms and without the need of any form of central authority to verify the transactions. This is the reason why bitcoin has been widely used on the dark web to make illegal transactions.

But the blockchain provides properties which reach far beyond the creation of just decentralized digital currencies like bitcoin, and that is, what makes this technology interesting from a political point of view. As a public digital tamper proof database, the blockchain can store documents, contracts properties and assets and therefore be used for all kinds of analog transactions. Blockchain technologies are perceived to apply to not only payment services and financial services but also to supply chain management and digital rights management, to creating self-sovereign digital identities, voting services and distributed autonomous organizations. Some people even see the possibility to use blockchain technology to replace key governmental services. From this point of view, central authority, through which our current political systems are organized, can be replaced by decentralized cryptographic technologies which enable citizens to organize and reach consensus without a third party. One of these decentralized governance models is the project Bitnation which is basically a crypto nation which wants to provide governance services based on the blockchain to completely replace the traditional state. These are extreme proposals which see blockchain technology as a way to resolve state authority and which see the state as a key obstacle to personal freedom. According to this view, centralized authority as the

mode to organize society is inefficient, prone to corruption, misuse of power, and lacking transparency and is only still functioning because of the lack of a better way to organize society. Through blockchain technology, a new way to organize society in a decentralized manner is now possible as Vitalik Buterin remarks : „Instead of a hierarchical structure managed by a set of humans interacting in person ... via the legal system, a decentralized organization involves a set of humans interacting with each other according to a protocol specified in code, and enforced on the blockchain.“

But it's not only these fringe blockchain enthusiasts which see the potential challenges and possibilities which blockchain technology imposes upon traditional forms of governance. In recent years also governmental institutions have been looking into blockchain technology because of its properties which could make it suitable not only for economics and digital currencies but also for the political and social realm. Sweden and Honduras are developing a digital land registers based upon blockchain technology, meanwhile Malta wants to become the world's first blockchain regulated state. The Ministry of Education already stores academic titles on the blockchain and the government is planning on developing digital land registry and also digital identity. In South Korea the government wants to use blockchain technology to track the supply chain of certain foods and provide information and thus transparency for customers concerning the origin of their food. Maybe one of the most prominent examples is Estonia, the former soviet state who is now considered the leading nation in e-governance. In Estonia, every citizen has a digital identity which allows them to vote online and make their government records accessible online. For example, Estonians are able to log into their medical records and see which medical professionals also have used it and when. They have created their own type of blockchain technology which connects governments services in a single digital platform. There have also been proposals to use

blockchain technology to enable certain forms of direct democracy which means direct participation of citizens in decision making.



It is rather ironic that the very technology hailed as a way to expand personal freedom and reduce the power of the state in the 1990es, which surfaced in the public realm exactly in the moment when public trust in the financial system was at its lowest, namely in 2008 when Lehman Brothers collapsed and the financial crisis spread around the globe forcing states to use public funds to bail out irresponsible banks which were considered „too big to fail“ and thus were seen as technocratic entities which don't act in the interest of its citizens, is now being used to enhance governance services.

On the one hand decentralized and decentralizing technologies can provide anonymity online and secure personal data on the internet. Blockchain technologies, through their wide-ranging possible ways of application, can grant communities greater autonomy and put power back into their own hands. But the very idea to try to use digital technologies to reduce state authority and create a stateless and algorithm-based society with the underlying promise to strengthen personal freedom through undermining state authority fails to acknowledge that these technologies also create their own forms of domination, control and authority. The absence of the state does not mean eliminating all possibilities of oppressive structures but rather that new forms of authority will emerge.

Nevertheless in 2019 where ever more complex form of control and surveillance are implemented for example in the form of a social credit system which

is being tested in China right now, the question of data protection, anonymity, personal freedom and cryptology are ever more important and the Cypherpunk manifestos seem as relevant now

as ever. The application of blockchain technology beyond digital currencies forces us to rethink political organization through new forms of digital technologies which may have the capacity to

enable more democratic and transparent forms of social organization and connect the digital, the political and the ecological sphere in new liberating ways.

Dozentenkommentare

Waffenkontrolle muss mehr als ein Lippenbekenntnis sein

von Christiane Suchanek

Die Länder des Nahen Ostens sind für den Europäischen Raum nicht nur aufgrund ihrer gemeinsamen Historie oder reichhaltigen Rohstoffvorkommen, sondern besonders aufgrund ihrer geografischen Nähe von zentraler Bedeutung. Gewaltkonflikte in dieser Region schlagen sich etwa in den Flüchtlingszahlen in Deutschland nieder. Die drei Länder, aus denen die meisten Geflüchteten 2018 in Deutschland einen Erstantrag auf Asyl stellten, gehören allesamt zur Region des Nahen Ostens: Syrien, Irak und die Islamische Republik Iran. Auf diese drei Länder allein entfallen mehr als ein Drittel aller seit Januar 2018 gestellten Erstanträge in Deutschland. Weiterhin zählen die Kriege in Syrien und dem Jemen zu den schlimmsten humanitären Krisen unserer Zeit, während wir die angespannte und wiederholt gewaltsame Situation in der Region wie in der Türkei, Ägypten, Israel und dem Libanon nicht vergessen dürfen.

Häufig dreht sich die öffentliche Debatte um die „deutsche Verantwortung“ in der Region, welche besonders hinsichtlich des Rüstungshandels diskutiert wird. Die demokratische Kontrolle von Kriegswaffenlieferungen in diese Gebiete ist mit Sicherheit wichtig und richtig. Übersehen werden häufig die „Massenmörder“ unter den Rüstungsexporten, nämlich die Klein- und Leichtwaffen. Der frühere VN-Generalsekretär Kofi Annan verdeutlichte dies 2006 drastisch mit der Aussage: „small

arms, indeed, could well be described as ‘weapons of mass destruction’“.



Nach offiziellem Standpunkt hat die Bundesregierung die Dringlichkeit dieser Angelegenheit erkannt und unterstützt strikte und effiziente Kontrollen zur Ausfuhr von Kleinwaffen im Rahmen internationaler Programme. Deutschland wird diesem Ziel weitestgehend gerecht. Nach amtlicher Statistik genehmigte die Bundesrepublik 2017 mehr als zwei Drittel der Kleinwaffenexporte in EU- und NATO-Länder, dagegen nicht einmal 5 Prozent in die Länder des Nahen Ostens. Dennoch: unter den EU-Staaten ist der Nahen Osten eine Top-Destination für Rüstungs- und Kleinwaffenexporte, wodurch die Exporteure implizit an den Konflikten beteiligt sind. Trotz aller Kritik über die saudischen Operationen im Jemen werden weiterhin Exporte an das Königreich genehmigt. Die Region und somit bedeutende Konfliktakteu-

re bleiben wichtige Handelspartner – besonders von Großbritannien oder Frankreich. Bemühungen zur strikteren Waffenkontrolle können und dürfen jedoch keine Lippenbekenntnisse bleiben. Gerade in Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung, welche von den erhöhten Migrationszahlen befeuert wird, gilt es sowohl in Deutschland als auch anderen EU-Mitgliedsstaaten das Risiko von Rüstungsexporten, darunter auch die ungewollte Verteilung dieser Güter, insbesondere von Kleinwaffen, anzugehen.

Hier spielen nicht nur aktuelle Zahlen eine Rolle, denn trotz aller Post-Konflikt Bemühungen um Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten sind noch unzählige Waffen aus früheren Zeiten im Umlauf. Daher gilt es nicht nur zukünftige Waffenexporte zu reglementieren, sondern einen gemeinschaftlichen Ansatz für den Umgang mit bereits vorhandenem Konfliktmaterial zu finden und diesen auch Entwicklungspolitisch, gesamt-europäisch sowie global zu denken.

Keine neue Dynamik für die Demokratie

von Dr. Volker Best

Umfragen zufolge ist nur noch jeder zweite Deutsche zufrieden mit der Demokratie, „wie sie in Deutschland funktioniert“, im Osten der Republik sogar nur noch jeder Dritte. Mit der AfD fährt eine Partei Wahlerfolge ein, die sich im ersten Kapitel ihres Bundestagswahlprogramms zur „Verteidigung der Demokratie in Deutschland“ gegen eine volksvergessene „politische Klasse“ aufschwingt und hierzu auf sechs Seiten Vorschläge von A wie Amtszeitbegrenzungen bis V wie Volksentscheide abschlägt.

Wie reagiert die Bundesregierung auf die schwindende Bevölkerungsunterstützung und die populistische Infragestellung wichtiger Institutionen und Spielregeln des politischen Systems? In der Präambel ihres Koalitionsvertrags formuliert die abermalige Große Koalition den Anspruch, das „Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik“ wieder zu stärken. Kapitel XIII unter dem Titel „Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben“ kündigt hierzu kurz angebunden die Einsetzung einer Expertenkommission an, „die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann.“

Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.“ Die restlichen zehn Seiten des Kapitels widmen sich ausschließlich Kunst, Kultur und Medien. Im „Best of“ des Koalitionsvertrags unter dem Titel „Eine neue Dynamik für Deutschland“ guckt einem zu Kapitel XIII konzenterweise die Demokratiebelebung nur noch ratlos aus der übernommenen Kapitelüberschrift entgegen.

Da verwundert nicht, dass die angekündigte Kommission immer noch nicht eingesetzt ist, wie die Bundesregierung jüngst auf eine Anfrage der Linken zugeben musste; es gibt wohl noch nicht einmal nennenswerte Vo-

rüberlegungen dazu. Weit weniger gemächlich ging die GroKo das – im Koalitionsvertrag gar nicht erwähnten – Thema Parteienfinanzierung an, als sie deren Umfang mal eben im Schatten der Fußball-WM und ohne große Bemühungen um eine Legitimität stiftende Begründung binnen zehn Tagen um 15 Prozent aufstockte und damit genau das von der AfD entworfene Bild bestätigte, das vordringliche Interesse der „politischen Klasse“ gelte „ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen“. Ein Bärendienst für die repräsentative Demokratie.

Bleibt Kapitel XIV zur Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen. Demzufolge soll der Bundestag „wieder zum zentralen Ort der gesellschaftlichen und politischen Debatte“ werden. Und zwar mit zwei „Orientierungsdebatten“ und drei Kanzlerinnenbefragungen im Jahr. Die Premiere letzterer war ein Rohrkrepierer, der zweite Durchlauf fand schon kaum noch Beachtung. Bei der am Ende des Koalitionsvertrags angekündigten Bestandsaufnahme des Geleisteten zur Mitte der Legislaturperiode wird in puncto Demokratiebelebung Fehlanzeige zu vermelden sein.



"Ringseminar Politik und Gesellschaft im Wandel"

von Niklas Almasi

100 Jahre Frauenwahlrecht – Hat da jemand Gleichberechtigung gesagt?

Am 12. November 2018 jährte sich die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland zum 100. Mal. Die Proklamation dieser Wahlrechtsreform durch den Rat der Volksbeauftragten vor 100 Jahren gilt als bedeutender Meilenstein im Kampf um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Auch die Fachschaft Politik und Soziologie nahm dieses historische Ereignis zum Anlass, um über die Gleichberechtigung der Geschlechter zu debattieren. Unter dem Titel „100 Jahre Frauenwahlrecht – Hat da jemand Gleichberechtigung gesagt?“ diskutierten am 20. November 2018 die Frauenhistorikerin Prof. em. Dr. Annette Kuhn, die Gleichstellungsbeauftragte des BMZ Birgit Gerhardus, der Geschäftsführer des DGB in der Region Köln-Bonn Jörg Mährle und Sabine Roeltgen vom Netzwerk Digital Media Women. Die Veranstaltung hatte dabei den Anspruch,

einerseits in die Vergangenheit zu schauen, andererseits aber auch den aktuellen Stand der Gleichberechtigung zu beleuchten und zu fragen, was zu einer vollständigen Gleichberechtigung noch erreicht werden muss. Das Podium war sich einig, dass es wichtig sei, nach hinten zu schauen, aber es für uns als Politologen vor allem darauf ankomme, zu fragen, wo man stehe und was zu tun sei, um eine vollständige Parität der Geschlechter herzustellen. Dabei wurde darauf verwiesen, dass eine politische Gleichberechtigung nicht automatisch zu einer sozialen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung führe. Um eine vollständige Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen herbeizuführen, müsse man bestehende Strukturen aufbrechen und ein gesamtgesellschaftliches Problem bewusstsein für diese Thematik schaffen. Gleichzeitig appellierte man jedoch an die Frauen, bestimmte Rechte auch einzufordern und bestehende Möglichkeiten tatsächlich zu ergreifen. Dass sowohl

strukturelle Veränderungen als auch eigenverantwortliches Handeln wichtig sei, wurde an mehreren Beispielen mit den Studierenden erläutert. Insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nahm dabei einen großen Raum innerhalb der Diskussion ein. Der Staat müsse zum einen Rahmenbedingungen für verschiedene Lebensmodelle schaffen. Wichtiger sei jedoch ein Umdenken in der Bevölkerung. Man dürfe nicht nur darüber reden Frauen zu entlasten, sondern Männer auch zu belasten. Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte anlässlich des Jubiläums „Parität überall, ob in der Politik, der Wirtschaft, der Verwaltung, Wissenschaft oder im Kulturbereich“. Im Rahmen der Veranstaltung der Fachschaft wurden mehrere Lösungsansätze diskutiert, wie dies gelingen kann. Es liegt nun an uns und unserer Generation eine voll umfassende Gleichberechtigung weiter voranzutreiben.

Meinungsfreiheit vs. Politische Korrektheit – Der Kampf um die Grenze des Sagbaren

Die zweite Veranstaltung im Rahmen des Ringseminars in diesem Semester widmete sich einem ebenso wichtigen wie kontrovers diskutiertem Thema. Unter dem Titel „Meinungsfreiheit vs. Politische Korrektheit – Der Kampf um die Grenze des Sagbaren“ diskutierten am 15. Januar 2019 Dr. Lina Vollmer vom Referat Gender & Diversity Management der Universität Köln, Dr. Mario Anastasiadis, Medien- und Kommunikationswissenschaftler an der Universität Bonn sowie der Politikwissenschaftler und Publizist Dr. Andreas Püttmann. Der Andrang war entsprechend groß, sodass der Raum bis auf den letzten Platz gefüllt war und es eine Vielzahl an interessanten und bereichernden Wortmeldungen aus dem Publikum gab, die mit dem Podium diskutiert wurden. Durch die sehr un-

terschiedlichen Hintergründe und Fachgebiete der Podiumsgäste entwickelte sich eine breite Diskussion, in der eine Vielzahl von unterschiedlichen Aspekten des Themas aufgegriffen wurden. Im Vordergrund stand dabei die Frage, inwieweit die Politische Korrektheit als Idee, Diskriminierung in Sprache und Äußerungen zu minimieren, das Recht auf freie Meinungsausübung in einer Demokratie einschränken darf. Einig war man sich, dass eine politisch korrekte Sprache grundsätzlich wichtig sei für eine Gesellschaft und diskriminierende Äußerungen entsprechend sozial sanktioniert werden müssen. Dennoch gab es Differenzen im Podium und auch im Publikum hinsichtlich der Grenze der zu sanktionierenden Äußerungen, über die kontrovers, aber immer sachlich und fair gestritten wurde. Zudem wurde darauf aufmerksam gemacht, dass eine zu starke Fokussierung auf die Politische (In-)Korrektheit einer Äußerung einen

notwendigen, gesellschaftlichen Diskurs verhindern könne und man eine gewisse Fehlerfreundlichkeit zulassen müsse, um die Gräben nicht weiter zu vertiefen. Des Weiteren wurde auch intensiv über die Rolle sozialer Medien gesprochen, in denen die Grenzen des Sagbaren verschoben werden und eine regelrechte Selbstermächtigung bestimmter Milieus hinsichtlich Sprache und Meinungen erfolgt. Viele spannende und anregende Aspekte wurden an diesem Abend auf sachliche Art und Weise intensiv diskutiert, sodass sich alle Beteiligten einig waren, dass es eine gelungene und zugleich wichtige Veranstaltung gewesen sei. Für die Fachschaft war es deshalb ein Zeichen, sich vor kontroversen und streitbaren Themen nicht zu verstecken, sondern sich gerade auch diesen im Rahmen von Podiumsdiskussionen weiterhin zu widmen.

Ohne Worte

mit Enrico Liedtke

von Eva Borchard und Philip Hülsmann



Woran denken Sie, wenn Sie an
Ihre Schulzeit in Stade denken?



Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit
am besten?



Womit kann man Ihnen eine Freude bereiten?



Welches Buch hat Sie in Ihrem Leben
besonders beeinflusst?

Enrico Liedtke, M.A.

B.A.-Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Trier; M.A.-Studium der Politikwissenschaft in Bonn; seit 2016 Promotionsstudium in Bonn

Beruf: wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Frank Decker, Lehrstuhl für Regierungslehre



Was vermissen Sie an Ihrer Studienzeit in Trier und Bonn?



Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



Einer Ihrer Forschungsgebiete ist die Sozialdemokratie. Wie ist Ihre Reaktion, wenn Sie die aktuellen Entwicklungen der Sozialdemokratie in Europa verfolgen?



Ihre Reaktion auf die Frage:
"Kann ich meine Hausarbeit auch erst im nächsten Semester schreiben?"



Politicum • Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autorinnen und Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

REDAKTIONSANSCHRIFT
Fachschaft Politik und Soziologie
Redaktion Politicum
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

ERSCHIENEN
Januar 2019

HERAUSGEGEBEN VON
Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEURE (V.i.S.d.P.)
Nils Heiko Geuenich; Philip Hülsmann

DRUCK
Universitätsdruckerei der Universität Bonn,
Auflage: 150

LAYOUT
Nils Heiko Geuenich

TITELBILD
(c) Hacheme 26

MITARBEIT
Fachschaft Politik & Soziologie

MIT BEITRÄGEN VON
David Isken, Robin Weiden, Philipp Sprengel, Emma Bieck,
Kim Möller, Laura Meyer, Lilian Sekkai, Luca Samlidis,
Sebastian Ziegert, Nils Geuenich, Philip Hülsmann, Eva
Borchard, Christiane Suchanek, Dr. Volker Best, Simon Peters,
Josephine Lamberti, Niklas Almasi